

Andrés Musacchio

Umstrukturierung der Verschuldung und Wachstumsbedingungen: Griechenland und Argentinien im Vergleich

Das Jahr 2012 lässt Erinnerungen an den argentinischen Sommer von 2001 aufkommen, als es für die Wirtschafts- und Sozialanalytiker fast unmöglich war, einen Artikel zu verfassen, der tags darauf noch aktuell gewesen wäre. Heute geschieht uns Ähnliches mit Griechenland. Athen hat gerade erst einen erneuten Regierungswechsel hinter sich, das nächste Sparpaket wird erwartet, das aber nur ein Übergang zu einem weiteren Paket sein wird, und es gibt Spekulationen, dass die Griechen nicht mehr lange zur Eurozone gehören werden. Die Konjunkturschwankungen werden dem Land am Mittelmeer jedenfalls einen turbulenten Sommer bereiten – ähnlich, wie ihn Argentinien vor elf Jahren erlebt hat.

Was macht nun zwei Länder, die geografisch so weit voneinander entfernt liegen, vergleichbar? Viele Presseberichte und Studien gehen von einer ähnlichen Schwere des Kollapses aus, die mit einer sehr hohen Verschuldung, einer starken Depression und Arbeitslosigkeit einher geht, zu sozialen Unruhen führt und das politische System in Frage stellt. Als Ursache werden das langfristige Budgetdefizit, das in einer Finanzkrise mündet (so in *The Guardian*, 30.5.2012), oder ein Vertrauensverlust zu Finanzinstitutionen als Folge einer langen Rezession (*CNN Money*, 8.11.2011) gesehen. Einige Analysen verweisen auf Fehler in der wirtschaftspolitischen Ausführung, die ein gut konzipiertes Programm zerstört hätten (vgl. z.B. Kretzmer/Levy 2012). Das Problem wird in Argentinien wie auch in Griechenland, auf einen unrealistischen Lebensstandard, der die verfügbaren Mittel übersteigt, zurückgeführt, dazu auf zu hohe Löhne, eine lange Geschichte als *serial defaulter* und letztendlich auf zu hohen Konsum (anstelle von Sparanlagen und Investitionen), was als Folgen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite einbringe.

Aber nicht nur die Krise beider Länder wird verglichen. Der Wachstumsschub Argentinien in der Dekade nach der Krise könnte ein Muster für Griechenland sein. Die *Welt* (6.6.2012) zeichnet unter dem Titel „Vorbild Argentinien. So könnte Griechenland den Wirtschaftsboom schaffen“ ein detailliertes impressionistisches Bild vom Niedergang der argentinischen Wirtschaft und Politik, um dann die Schlussfolgerungen für Griechenland zu ziehen: Abwertung und Umstrukturie-

rung der Schulden würden Touristen ins Land locken und Exporte fördern, was die Ankurbelung der Wirtschaft binnen weniger Monate in Gang setzen würde.

Doch sind beide Länder tatsächlich vergleichbar? Zunächst werde ich auf die Ähnlichkeiten eingehen, die dazu führen, dass die Krisen der beiden Länder sich als Krisen derselben Art bezeichnen lassen. Die Formen der Krise, aber auch die Interpretationen einiger orthodoxer Analytiker weisen Gemeinsamkeiten auf. Diese beruhen auf einer Logik und Problematik der Weltwirtschaft, auf die später noch genauer eingegangen werden soll. Die Identifizierung der Ursachen für die Krise führt zu einer Analyse des Wegs aus der Krise, so wie ihn Argentinien damals gegangen ist und wird uns auch einige Fragen in Bezug auf die Zukunft beantworten. Hier kommen aber auch Unterschiede zwischen beiden Ländern zur Sprache, die letztendlich eine Lösung *a la Argentina* für den Fall Griechenland in Frage stellen.

Anhaltspunkte für einen Vergleich

Auf den ersten Blick haben beide Krisen sehr starke Ähnlichkeiten. Bei einer genauen Analyse der tieferen Ursachen der Krisen werden aber die Unterschiede deutlich. Was die Gemeinsamkeiten anbelangt, lassen sich mindestens drei wichtige Punkte nennen. Erstens die Form und Auswirkung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, zweitens der förmliche Verlauf des Zyklus, und drittens das Hauptkonzept der internationalen Organisationen und der eingeleiteten „Rettungspolitiken“.

Der Grundstein ist die neoliberale Politik in sich ähnelnden Varianten¹. Die „teuflische Triade“ des Neoliberalismus, bestehend aus fixen Wechselkursen, Liberalisierung der Finanzmärkte und Öffnung der Binnenmärkte kam im Argentinien der Militärdiktatur (1976-1983), sowie später ab 1990 vor. In Griechenland hatte sie ihre Anfänge im Zuge des Anpassungsprozesses für den Eintritt in die Eurozone. Die Kombination aus diesen Maßnahmen sollte dazu dienen, durch Konkurrenz der Einfuhren langfristigen Inflationsprozessen Einhalt zu gebieten. Des Weiteren sollten die Märkte durch Deregulierung transparenter gemacht und durch Privatisierungen eine effizientere Ressourcenallokation geschaffen werden. Letztlich sollte, im Hinblick auf die Angebotstheorie, das Wachstum durch eine Wiederherstellung der Profitraten der Unternehmen beschleunigt werden. Dies entsprach einer Steuerentlastung für das Kapital und einer weitreichenden Flexibilisierung der Arbeit.

1 Also eine finanzgetriebene Form des Neoliberalismus, anstatt einer neomerkantilistischen Form (Musacchio 2011).

Die inhaltliche Ausrichtung der Reformen war in beiden Ländern unterschiedlich, wobei in Argentinien zwei Varianten zu differenzieren sind: die erste Phase zu Zeiten der Militärdiktatur und die radikalere Version aus den 1990er Jahren. Die generelle Form und die Ergebnisse in beiden Ländern gleichen sich jedoch sehr. Einerseits kam es zu einer klaren doppelten Umverteilung vom Lohn zum Kapital und vom Produktivkapital zum Finanzkapital. Zum anderen fand eine Veränderung der relativen Preise zugunsten nicht handelbarer Güter statt, die mit dem Kern der Funktionsweise des Modells verbunden war. Durch den festen Wechselkurs, wie er in Argentinien durchgesetzt wurde, bzw. durch die Einführung des Euro in Griechenland, sollte dort die Inflation gestoppt werden, da durch weitere Preissteigerungen die Gefahr drohte, dass lokale Anbieter durch Importe aus dem Markt gedrängt würden. Jedoch wirkt sich dieser Mechanismus nicht auf die Preise der nichthandelbaren Güter aus. Diese haben sogar eine steigende Tendenz, weil die Preise der öffentlichen Dienstleistungen zwecks Haushaltskonsolidierung oder vor Privatisierungen erhöht werden. Auch private Dienstleistungen sind nicht von der Konkurrenz getroffen. So bleibt eine sinkende, aber positive Inflationsrate, die die Währung aufwertet, die relativen Preise zwischen Gütern und Dienstleistungen verzerrt und auch die Löhne im internationalen Vergleich erhöht, obwohl diese stark hinter der Inflationsrate zurückbleiben und dabei an Kaufkraft verlieren, was eine regressive Einkommensverteilung zur Folge hat.

Der Verlust an Konkurrenzfähigkeit der handelbaren Güter sorgt für eine Verringerung der Ausfuhren und eine Erhöhung der Einfuhren und führt zu einer negativen Handelsbilanz. Das Modell kann daher nur durch wachsende Verschuldung funktionieren und ist an Perioden hoher internationaler Liquidität geknüpft. Dabei muss jedoch das Finanzkapital durch hohe Zinsraten und uneingeschränkten Verkehr angelockt werden. Hier weichen die Wege beider Länder voneinander ab, da im argentinischen Fall die nationale Währung erhalten wurde, Griechenland aber den Euro übernommen hat. Für Griechenland hatte das im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone niedrige reale Zinsraten zur Folge, was zu Spekulationsblasen im Immobiliensektor und an der Börse führte (siehe z.B. Kouvelakis 2011). Zudem betonen einige Autoren, dass die Sparquote deutlich gesunken ist (Lapavitsas et al. 2011: 16), was die Abhängigkeit von laufenden Krediten fördert. Argentinien konnte seinerseits relativ niedrige Zinsraten in ausländischer Währung anbieten, an die sich die realen Zinsraten der Anlagen in Pesos anglich. Real heißt das jedoch, dass die Inflationsrate addiert wird (Ende der 1970er z.B. über 100% jährlich). Der Prozess kann wie folgt beschrieben werden²: Die Kredite

2 Die Werte sind fiktiv. Auf dem Höhepunkt war die Inflationsrate sogar höher und daher die erzielte Gewinne wesentlich größer. Eine detaillierte Darstellung dieses Problems,

wurden im Ausland mit 6% aufgenommen, in Pesos verwandelt und zu 106% im Finanzsektor investiert, von wo sie nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen und in harte Währung umgetauscht wurden. Da der Wechselkurs fixiert war, lag letztlich die reale Zinsrate in US\$ auch bei 106%. Hier stellt sich die Frage, warum die Banken bereit waren, so hohe Zinsen für Anlagen zu zahlen, die nicht weiter zu verleihen waren. Angepasst an das liberale Konzept, dass geliehene Anlagen die Geldmenge erhöhen, was der Inflationsbekämpfung entgegenwirkt, waren die Banken angehalten, das Geld bei der Zentralbank anzulegen. Dafür wurden ihnen höhere Zinsen ausbezahlt, was die Zentralbank zum Zahler der Spekulationsrendite werden ließ. In den 1990er Jahren waren die realen Zinsraten und die Inflation niedriger. Da aber die Verschuldung höher und riskanter war, stiegen die Zinsen schneller als die Inflationsrate und bildeten eine Spekulationsblase über private Verschuldung. Der Staat wurde auch rasch ein aktiver Kreditnehmer. Das Rentensystem war privatisiert worden, und da nach wie vor über Jahre hinweg immer noch die Rente an Rentenbezieher des alten Systems ausbezahlt werden musste, entstand eine Lücke, die nur durch die Aufnahme neuer Kredite gedeckt werden konnte. Die Hauptgläubiger wurden schnell die neuen Pensionsfonds. Das hieß im Klartext, dass der Staat nun plötzlich sehr hohe Zinsen für Mittel zahlen sollte, die er wieder abzugeben hatte und die er bis dato umsonst bezogen hatte. Aus diesem Grund, und weil die Pensionsfonds (meistens im Eigentum großer internationaler Bankkonzerne wie HSBC oder Citibank) über 30% der Arbeiterbeiträge als „Verwaltungskosten“ einbehielten, kann von reiner Plünderung gesprochen werden. Als letztlich der argentinische Staat in Finanzierungsschwierigkeiten geriet, fragte sich der damalige Leiter der Treasury Department der USA, Paul O'Neill, warum die Klempner seines Landes die faulen Argentinier versorgen müssten (*La Nación*, 18.08.2001). Die Griechen sind anscheinend nicht die einzigen Sonnengenießler.

Neoliberale Politiken führen, als zweiter vergleichbarer Anhaltspunkt, zu einem besonderen und parallelen Verlauf des Zyklus in beiden Ländern und zu einer ähnlichen Form, in der sich ihre Krisen zeigten.

Die Einführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik sorgte sowohl in Argentinien als auch in Griechenland für Euphorie, die einen raschen Anstieg der Preise der Aktien, Immobilien und Wertpapiere zur Folge hatte. Solche Prozesse ziehen ausländische Kapitale in Form von Investitionen oder Anleihen an, die eine strukturelle Devisenknappheit plötzlich in ein Übermaß an Devisen verwandeln. Dadurch sinkt der reale Preis der Devisen, und zwar meistens durch einen Inflationsschub mit festem Wechselkurs – eine andere Form der Aufwertung

wie eine genaue Beschreibung der argentinischen Wirtschaft insgesamt findet sich in Rapoport et al. (2006).

der nationalen Währung. Derlei Bewegungen der relativen Preise haben in Argentinien in den Jahren 1977-78, in der Anfangsphase des Currency Board der 1990er Jahre und in Griechenland in der Phase der Anpassung an die Maastricht-Kriterien stattgefunden. Da sich die Preise der handelbaren Güter aber generell nach den internationalen Preisen richten, ist die Aufwertung selten mit direkten Investitionen in deren Produktion verbunden, es sei denn, es handelt sich um spezielle Branchen mit Sonderprofiten. Ansonsten kommen nur Dienstleistungen und Finanzanlagen (folglich Spekulationen) in Frage.

Die erwähnte Devisenknappheit war die Folge von Leistungsbilanzdefiziten, die sich aus mehreren Gründen deutlich zuspitzten. Die Aufwertung fördert Importe und erschwert die Ausfuhr. Eine höhere internationale Kaufkraft der Löhne und die Liberalisierung stimulieren den Konsum von ausländischen Produkten, deren Einfuhr davor sehr eingegrenzt war. Beide Prozesse leiten eine negative Handelsbilanz ein. Dazu richten sich ausländische und inländische Investoren nach Branchen, die Extraprofite erzielen und die nach einem ersten Investitionsimpuls keine hohen Reinvestitionen fordern, was schnell zu einem Transfer der Gewinne ins Ausland (bzw. einer Kapitalflucht) führt und sich daher negativ auf die Leistungsbilanz auswirkt. Diese Entwicklung war im Falle von Argentinien bis zum Zusammenbruch 2001 und in Griechenland in den letzten Jahren deutlich zu sehen. Das Panorama gleicht jedoch dem der anderen PIIGS (also Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien). Hier kann auch der Vorwurf, diese Länder lebten auf Kosten der Arbeitskräfte der entwickelten Länder, entkräftet werden. Langfristige Statistiken beweisen, dass die Transfers hauptsächlich in Richtung einer Gruppe von Ländern gehen, die man SCHWEJN nennen könnte (also Schweden, die sCHweiz, Westdeutschland, England, Japan und Niederlande); auch Frankreich und die USA spielen bei den SCHWEJN-Länder eine sehr wichtige Rolle.

Die Leistungsbilanzdefizite spielen in der Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus keine Rolle, sobald sie vom Ausland finanziert werden. Letztendlich ist ein Defizit nur möglich, weil es von anderer Stelle finanziert wird. Dies trifft auch in Zeiten hoher internationaler Liquidität zu. Sobald diese jedoch abnimmt, wird das defizitäre Land tiefer in die Krise gestoßen. Im Falle Argentinien und Griechenlands (aber auch der anderen unterentwickelten Länder der Eurozone) wurde die Krise zusätzlich durch die Rolle des passiven Geldes, das national nicht kontrolliert werden kann, unterstützt. Mit dem Currency Board und noch mehr durch eine Substituierung der nationalen Währung durch eine regionale Währung büßen die betroffenen Länder einige wichtige Kontrollmechanismen und Instrumente der Wirtschaftspolitik und insbesondere der Geld- und Wechselkurspolitik ein. Auch die Fiskalpolitik ist stark betroffen. Der Handlungsspielraum ist klein und besteht hauptsächlich aus Kürzungen im Haushalt oder einer regressiven

Politik für den Arbeitsmarkt. Damit wird ein sich selbst vertiefender Weg in die Rezession in Gang gesetzt. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Kürzungen der Staatsausgaben und Erhöhung der indirekten Steuern verringern die Nachfrage und die Staatseinnahmen. Der Devisenfluss ins Ausland (Schuldentilgung und Kapitalflucht) verringert dabei die Geldmenge, hebt die Zinsraten an, trägt zur Depression bei und führt letztlich zu einer neuen Runde von Kürzungen und Flexibilisierungen. Die passive Geldpolitik erweist sich als absolut prozyklisch.

Deshalb zeigen auch mehrere Hauptindikatoren in den Krisen eine sehr ähnliche Tendenz auf, wie in verschiedenen graphischen Darstellungen erkennbar wird (siehe z.B. *Crédit Agricole* 2011; *Agrawall* 2011). Die Krisen ähneln sich nicht nur in der Form, sondern auch im zeitlichen Ablauf und im Tempo. Ähnlich wie andere Autoren vertritt *Agrawall* (2011), dass die Rezession in beiden Ländern drei bis vier Jahre vor Krisenausbruch angefangen habe. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob die Krise nicht schon mit dem Beginn der Rezession anfängt. Oder wo wäre der Kollaps im Verlauf der griechischen Krise zu fixieren? Wie sich in den Monaten nach dem zitierten Bericht gezeigt hat, war der Prozess des Zusammenbruchs der griechischen Wirtschaft noch lange nicht beendet. Als logischer Wendepunkt könnte die Abwertung des argentinischen Peso betrachtet werden, für Griechenland vielleicht der mögliche Austritt aus dem Euro.

Auch ein Bericht des *Guardian* (30.5.2012) betont einen vergleichbaren Verlauf der Depression und der Arbeitslosigkeit, was nicht überraschend sei: „Anyone familiar with emerging-market meltdowns knows that a financial crisis nearly always follows a fiscal crisis“. Dies sei ein Grund zu erwarten, dass Griechenland, wie damals Argentinien bei einem Zahlungsausfall trotz aller Rettungspakete auch Bankkontensperren und Kapitalverkehrskontrollen einführen müssen. Dabei ist fraglich, ob es sich tatsächlich nur um Finanzkrisen handelt.

Für die internationalen Institutionen wie den IWF (der sich in beiden Krisen sehr aktiv eingemischt hat), die Weltbank oder die Europäische Zentralbank scheinen sowohl die Probleme, als auch die Lösungen wesentlich einfacher zu sein. Dabei kann man hier einen dritten Vergleichspunkt erkennen, da diese Institutionen für beide Krisen gemeinsame Interpretationen und denselben Ausweg vorgeschlagen haben, der in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurde. Man kann natürlich hinterfragen, wie es wohl zur Griechenlandkrise kommen konnte, wenn „The Argentine experience holds lessons for crisis prevention, crisis management, and for the design of IMF-supported programs“ (IWF 2003: 3), aber wenn es so leicht ist, wie der IWF vorgibt, so wäre die logische Schlussfolgerung, dass Länder und nationale Regierungen unfähig wären, aus den Erfahrungen zu lernen. Auch wenn die Stimmen aus dem IWF (untereinander und innerhalb der verschiedenen Etappen der Krise) in der Betonung der Ursachen und Zusammenhänge leicht variieren (siehe u.a. die Zusammenfassung bei IWF

2003: 5, Box 1), gibt es eine Grundlinie der Argumentation, wonach das Problem an der unvollständigen Anpassung der Reformen an den festen Wechselkurs liege. Zwar gelang es Argentinien, durch das Currency Board auf eine eigene Geldpolitik oder Wechselkursveränderungen zu verzichten und dabei einen inflationären Weg einzuschlagen, jedoch sei die Fiskalpolitik nicht streng genug gewesen und die Reform der Arbeitsmarktes sehr langsam voran gekommen, was zur Folge hatte, dass der Konsum zu hoch blieb. Hier wird der Grund gesehen, weshalb die Außenverschuldung des Staates und des privaten Sektors sowie das Abwertungs- und Defaultrisiko anstieg. „Argentina’s crisis involved vulnerabilities that were already present or indeed were building up during the boom years of the 1990s – when the country was widely viewed as a star performer.“ (IWF 2003: 67). Dass die Haushaltsdefizite hauptsächlich von der Privatisierung des Rentensystems, der Kürzung der Beiträge der Arbeitgeber für das Rentensystem (zur Kompensierung der mangelnden Konkurrenzfähigkeit) und den hohen Transfers an privatisierte Dienstleistungsunternehmen herrührten, findet in diesem Bericht keine Beachtung. Dabei mutet es zynisch an, dass ein Mehr an Anpassung verlangt wird, da die Anpassung schon für 25% Arbeitslosigkeit und 50% der Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben, gesorgt hat. Auch der enge Zusammenhang zwischen Aufwertung, Inflationsrate und Preiserhöhungen bei den privatisierten Unternehmen wird nicht genannt.

Einer der ersten Berichte der Europäischen Kommission lässt Rückschlüsse darüber zu, wie die Kommission die Ursachen und den Verlauf der griechischen Krise bewertet: Die Erhöhung der Löhne verursachte eine Senkung der Konkurrenzfähigkeit und führte zu externen Ungleichgewichten; die Ungleichgewichte im Haushalt wären zu hoch; beide Ungleichgewichte führten zu einer wachsenden öffentlichen und privaten Verschuldung. Dazu habe Griechenland einen zu rigiden Produkt- und Arbeitsmarkt. Und schließlich wurde das Bankensystem durch die Wirtschafts- und Vertrauenskrise betroffen; „The 2008-2009 global crisis exposed Greece’s vulnerabilities“ (European Economy 2010: 6). Die Diagnose gleicht im Wesentlichen jener für Argentinien 2000-2002, ihr folgt das gleiche Programm: ein Hilfspaket, um der Regierung die Devisen zur Finanzierung der Kapitalflucht zur Verfügung zu stellen und die Übernahme der Kredite (durch neue Kredite oder Garantien, jedoch vorgestellt als Hilfe an den Staat) durch internationale Organisationen, damit private Gläubiger durch die Zahlungsschwierigkeiten nicht zu stark betroffen wurden. Im Austausch sollte der Staat jene Reformen in Bewegung setzen, die die genannten *vulnerabilities* mildern, wie Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Kürzung der Staatsausgaben (außer im Bereich der Schuldzinsen), Erhöhung der Staatseinnahmen durch nicht verzerrende Steuern (also durch Konsumsteuern und nicht Kapital- oder Vermögenssteuern) und Privatisierungen. Die Wiederholung der immer gleichen

Hilfspakete in jedem Land ist aber das deutlichste Zeichen dafür, dass dieser rezessive Weg dazu führt, dass die Ungleichgewichte letztlich vertieft werden und die Programme nur an der Oberfläche des Problems kratzen. Dabei bleibt die monetäre Regel unberührt, obwohl sie selbst eines der Haupthindernisse für eine Erholung ist. In Phasen der Auflösung des Modells entstehen deshalb jedes Mal hitzige Debatten um dieses Thema.

Alte Debatten um eine ungelöste Problematik

Die Diskussion, ob das rigide Währungsregime angemessen ist, zieht sich durch die Debatten um beide Krisen (bzw. um die empfohlenen Politiken im Lateinamerika der 1990er Jahre und später in den peripheren Ländern der EU). 2001 war dieses Thema Kern der Debatten in Argentinien, als die internationalen Institutionen und die lokalen *think tanks* des Neoliberalismus behaupteten, ein Ausweg aus dem Currency Board hätte nur inflationäre Folgen und wäre daher keine zu empfehlende Maßnahme. Verschiedene Studien des IWF und des Hauptquartiers der neoliberalen Theoretiker Argentiniens, des *Centro de Estudios Macroeconómicos de Argentina* (CEMA)³, plädierten stattdessen für eine Radikalisierung des Kurses durch eine komplette Dollarisierung der Wirtschaft, also die Substituierung des Pesos durch den Dollar, die eine eigene Währungs- und Wechselkurspolitik verhindert hätte. Diese Idee erwuchs aus der Theorie, die Schwächen der argentinischen Wirtschaft wären in der niedrigen Wettbewerbsfähigkeit auf Grund zu hoher Lohnstückkosten und eines verschwenderischen Staates zu finden. Einerseits würde eine weichere Geldpolitik keine Lösung bringen, andererseits wäre eine Dollarisierung geeignet, um die lokale Wirtschaft der Weltmarktkonkurrenz auszusetzen und dadurch korrigierende Maßnahmen hervorzurufen. Des Weiteren sollte sie das Vertrauen der ausländischen Investoren wieder stärken und sie ermutigen, Finanzinvestitionen in größerem Umfang zu tätigen und dadurch das Risiko einer Abwertung wesentlich zu senken (siehe z.B. IWF 1999). Ausgehend von diesen Überlegungen war es vor allem wichtig, die Mechanismen des Reichtumstransfers in die entwickelten Länder und die Rentabilität der Banken zu schützen. Aufgewertete Währungen sorgen dafür, dass die erzielten Profite wesentlich höher sind, wenn man sie in harte Währungen umtauscht. Deshalb ist die Aufwertung eine wirksame Form, Gewinne aufzublasen, die dann durch verschiedene Wege ins Ausland transferiert werden. Die aufgewertete Währung war der langfristige Grundstein der finanzgetriebenen

3 Für eine ausführliche und chronologische Darstellung der Vorschläge siehe Brenta (2004).

Akkumulation, die aber hauptsächlich nicht in Argentinien stattfand, sondern in dem jeweiligen Hauptsitz der ausländischen Finanzinstitutionen. Daher wurde es wichtig, die freie Kapitalbewegung zu erhalten, nicht als „Exit-Option“, wie in den entwickelten Ländern, sondern als Hintertür der permanenten Rücktransfers. Diese waren verantwortlich für die permanenten Leistungsbilanzdefizite Argentinien.

Die extrem angespannte soziale Lage barg jedoch das Risiko einer Staatsintervention, um der Plünderung entgegenzusteuern. Daher sollte das ganze Bankensystem vor dem Staat geschützt werden. Neben der Idee der Dollarisierung wurde so auch noch die Möglichkeit eines *Offshore-Banking-Systems* in Erwägung gezogen, mit Hilfe dessen sich die Banken vor der nationalen Verantwortung hätten drücken, ihr Kapital in den sicheren Hafen bringen und weiterhin ohne staatliche Interventions- bzw. Kontrollmöglichkeiten ihren blühenden Geschäften hätten nachgehen können. Als die politische und gesellschaftliche Lage sich so zugespitzt hatte, dass deutlich wurde, dass ein Kurswechsel fast unumgänglich wurde, wurde mit dem Dornbusch-Caballero-Vorschlag 2002 die Krönung des neoliberalen Gedankenguts vorgestellt: „The rest of the world should provide financial support to Argentina. But it must do so only upon Argentina’s acceptance of radical reform and foreign hands-on control and supervision of fiscal spending, money printing and tax administration. Any external loan is to bridge the gap between immediate fiscal needs and the day, a year or two down the road, where radical reform creates sustainable finance.“ Vorbild für diese fragliche Idee war die Intervention des Völkerbunds in die österreichische Wirtschaft der 1920er Jahre (wobei sich hier niemand an den zweifelhaften politischen Verbindungen der damaligen Beauftragten zu stören schien). Der Fall Österreich wurde kürzlich wieder herangezogen, um die Zukunft Griechenlands zu diskutieren (*Die Presse*, 14.11.2011).

Dies ist nicht sehr überraschend, denn die Überlegungen zur Dollarisierung und ihren Zielen liegen nicht weit entfernt vom Euro-Konzept. Die festere Bindung und die Existenz eines Integrationsprozesses in Europa, wie auch der stärkere Einfluss der DM als Referenzwährung in der Region implizierten von Anfang an eine engere Form der Währungsunion, weshalb es sich schwieriger gestaltet, zur alten nationalen Währung zurückzukehren oder die abgegebene Souveränität wiederzuerlangen. Deshalb steht hier der Süden Europas in der Beweispflicht, die Debatte kehrt sich um, da bewiesen werden muss, warum ein Ausstieg stattfinden sollte. Auch für Griechenland erweist sich das als schwierig. Die Debatte um dieses Land hängt sehr stark von der Diagnose über die nationale und die internationale Krise ab. Auf Grund der tieferen und lineareren Integration Griechenlands mit dem entwickelten Pol der Region sind die Sekundäreffekte komplexer als im Falle Argentinien.

Demirović/Sablowski (2012: 101) betonen, dass ein Austritt der Südländer aus der Eurozone dem Finanzkapital nur weitere Spekulationsbereiche (Devisenmarkt) öffnen würde. Im Falle Argentiniens war es leichter, eine Abwertung durchzuführen, die Spekulationsblase wuchs hier mit der Beibehaltung des Currency Boards und konnte durch dessen Aufgabe und die Abwertung abgeschafft werden. Zwischen linken Autoren hat sich hierum eine interessante Diskussion entfacht, die Becker (2012) ausführlich dokumentiert. Ist die Krise hauptsächlich auf eine immer deutlichere Einkommensumverteilung und die zunehmende Bedeutung des Finanzmarktes der Region zurückzuführen (siehe z.B. Onaran 2012; Demirović/Sablowski 2012), dann bleibt die Frage eines Austritts untergeordnet. Wenn aber für die südeuropäischen Länder die Krise hauptsächlich mit einer schwachen Performance der Leistungsbilanzen zusammenhängt, ließe sich ein Austritt aus der Eurozone und eine angeschlossene Abwertung nicht vermeiden (siehe dazu u.a. Lapavistas et al. 2010; Kaltenbrunner 2012). Hier müssen innerhalb der Diskussion die zwei Ebenen der Krise unterschieden werden, die generelle Krise des neoliberalen Systems und die spezifische Krise unterentwickelter Länder. Bei Betrachtung der ersten Ebene wird deutlich, dass die regressive Einkommensumverteilung der letzten Dekaden viel zur wachsenden Dominanz des Finanzsektors und damit zum Kollaps beigetragen hat. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Umverteilung zum Teil als Ergebnis einer Politik entstand, die die Staatsregulation durch den gemeinsamen Markt, die Währungsunion und die Erweiterung nach Osten eingrenzte (siehe z.B. Musacchio 2011; 2008), oder, nach Bieling/Steinilber (2000), die kompetitive Deregulierung und die kompetitive Austerität betrieb. Diese Politik förderte die finanzgetriebene Akkumulation, war jedoch auch als Bestandteil der Standortkonkurrenz konzipiert worden, die gewisse Industrieländer – und hauptsächlich Deutschland – im Rahmen der „Angebotstheorie“ ab Anfang der 1980er Jahre durchgesetzt hatten. Es bildete sich ein perverser Teufelskreis der Standortkonkurrenz durch Lohndumping, wobei die Industrieländer selbst ihre Binnenmärkte langsam abbauten und daher auf Exportexpansion setzen mussten, während eine erfolgreiche territoriale Bindung des Sachkapitals die Direktinvestitionen im Ausland zum Teil verhinderte. So entstand, quasi als Kehrseite der Verschuldung, ein Außenhandelsüberschuss, der nur durch das Finanzkapital getragen werden konnte. Die Kehrseite des Prozesses waren Länder mit einer höheren Inflationsrate und dadurch einer niedrigeren Zinsrate, die aufgrund eines aufwertungsähnlichen Effekts Handelsdefizite erzielten und sich dadurch hoch verschuldeten (siehe z.B. Heine/Herr 2006). Deutschland hat so – durch immense Handelsüberschüsse und nicht dementsprechend hohe Direktinvestitionen – eine ähnliche negative Rolle für die EU gespielt wie die USA, als sie Ende der 1920er Jahren zum Auslöser der Krise wurden.

Für Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und teilweise für Italien ist aber nicht nur das ein Problem. Diese Länder bekommen auch eine weitere negative Seite der Polarisierung zu spüren (siehe Becker 2012: 109): die räumliche Spaltung des Reichtums. Diese Regionen sind einerseits von den Charakteristika und den besonderen Ausformungen der Akkumulation im Neoliberalismus betroffen, andererseits müssen sie sich mit den langfristigen Folgen der Beziehungen zwischen Entwicklung und Unterentwicklung auseinandersetzen. Neben dem „normalen“ Ausbeutungsprozess des Kapitalismus entfalten sich auch weitere räumliche Ausbeutungsformen, die die Akkumulation in den entwickelten Ländern fördern und jene in den unterentwickelten Ländern blockieren. Hier seien angeführt der Austausch von Produkten, die mit ungleichem Arbeitseinsatz in Branchen mit verschiedenen organischen Zusammensetzungen des Kapitals produziert werden, monopolistische Preisbestimmungen, Überausbeutung der lokalen Arbeitskraft und der Natur, Ausnutzung vorkapitalistischer Produktionsmodi und eine importierte Arbeitsteilung, die die Produktionsstrukturen der unterentwickelten Länder als abhängige Ergänzung der Produktionsstrukturen der entwickelten Nationen gestaltet. In diesem Bereich haben sich, neben den „traditionellen“ Formen der Unterentwicklung, mit der Ausbreitung des Neoliberalismus in den letzten vier Dekaden auch neue Mechanismen durchgesetzt, die dazu beitragen, die Unterentwicklung zu vertiefen. Die Förderung des Absatzmarktes durch Verschuldung und die Spekulationsblasen, die mit einer rasanten Kapitalflucht enden, sind zwei der Hauptformen, wie ein Teil des geschöpften Reichtums aus den unterentwickelten Ländern transferiert wird, was durch die globale Liberalisierung der Finanzmärkte noch beschleunigt wird. Die Verschuldung ist dabei der primäre Faktor dieser fatalen Entwicklung. Bis in die 1970er Jahre war die zentrale Folge der Unterentwicklung eine Sparquote, die zu niedrig war, um einen Entwicklungsprozess tragen zu können. Davon geht auch die gesamte damalige Literatur aus. Hierin lag der Kern der Blockade der Kapitalakkumulation. Dies hat sich nachhaltig verändert. Die große Liquidität in der zweiten Hälfte der 1970er ermöglichte breite Anleihen, deren Zinsen seitdem einen kontinuierlichen Abfluss von Ressourcen für eine Reihe unterentwickelter Länder bedeuten. Hier wird ein neuer Zyklus sichtbar, der aus zwei Phasen besteht. Die externen Restriktionen der unterentwickelten Länder werden von der hohen internationalen Liquidität durch neue Kredite temporär aufgehoben. Dadurch werden die Einfuhren gefördert, die zur Reaktivierung der entwickelten Länder beitragen. Doch wenn letztere restriktive Geldpolitiken betreiben oder in Krisen geraten, wird die Kreditwelle unterbrochen, und die verschuldeten Länder müssen den Konsum stark einschränken und die Sparquote erhöhen, um die Rückzahlungen zu sichern (Dos Santos 2002). Dabei entsteht jenes neue Phänomen, dass die Sparquoten durch den eingeschränkten Konsum die Investitionen überschreiten. Dadurch

entstehen auch Richtlinien für eine neue Entwicklungspolitik. Der Startpunkt ist nicht mehr die Suche nach Finanzierungsquellen, sondern die Einbehaltung der eigenen Ressourcen, deren Abfluss zum Teil an den außergewöhnlich hohen Leistungsbilanzdefiziten zu erkennen ist.

Zum Teil ist dieser enorme Ressourcenentzug an Geldmechanismen gebunden, die einerseits als Absaugepumpen dienen, andererseits eine absolute freie Bewegung des Kapitals sichern. Das lässt sich sehr gut an dem Konvertibilitätsplan in Argentinien wie auch beim Euro-Eintritt Griechenlands erkennen. Die enge Bindung der lokalen Währung an eine fremde, bzw. ihr direkter Ersatz, ist deswegen ein wesentlicher Teil dieser neuen Formen und sollte unterbrochen werden, um den Prozess zu beenden. Das gelingt aber nicht, wenn man nur die nominale Bindung abbricht, sondern es müssen dabei auch die Kanäle des Abflusses behindert werden, indem man die laufenden Renten des Finanzsektors eingrenzt, die Schuldentilgung durch eine Umstrukturierung der Verbindlichkeiten verringert, die Transfers durch Re-Regulierung des Finanzmarkts erschwert und die Förderung der Binnenproduktion in Gang setzt. Eine Fragmentierung der Kapitalräume ist also die Eingangstür, wofür aber das Land über innere Gesellschaftskräfte verfügen muss, die den Kurs sowohl politisch wie produktiv unterstützen, und weiterhin eine Produktionsstruktur, die eine gewisse Autonomie ermöglicht. Neben einer Umgestaltung der internationalen Wirtschaft ist also auch eine durchsetzungsfähige nationale Politik nötig. Unter diesen Gesichtspunkten kann man die Erholung und die verbleibenden Probleme Argentiniens analysieren und einen Vergleich mit den Chancen Griechenlands anstellen, denselben Weg erfolgreich zu gehen.

Argentinien und der Ausgang aus der Krise

Nach der tiefsten Krise seiner Geschichte gelang Argentinien eine überraschend schnelle Erholung. Der Tiefpunkt war das harte Jahr 2002, als die offene Arbeitslosenquote auf fast 25% stieg; 50% der Bevölkerung lagen unter der Armutsgrenze und 25% lebten in extremer Armut. Die Kapazitätsauslastung des Sachkapitals war nur 50%, Folge der brutalen Depression der Produktion, der Investitionen und der Einfuhren. Danach ging es schnell bergauf. Das Wertschöpfungsniveau des Jahres 2001 wurde schon 2005 wieder erreicht, die Arbeitslosenquote sank auf etwa 10%, die Ausfuhren boomten und erbrachten genügend Devisen für den Import, den Wiederaufbau der Reserven der Zentralbank und die Wiederaufnahme des internationalen Schuldendienstes, inklusive – Ende 2005 – der Rückzahlungen an den IWF, Letzteres, um dessen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik komplett auszuschließen. Bis zum Ausbruch der internationalen Krise

2008 betrug die Wachstumsrate des BIP durchschnittlich 10%. Danach zeigte sie starke Schwankungen, war jedoch immer positiv. Die Industrieproduktion wuchs zwischen 2008 und 2012 um 18%.

Was aber war die Basis für diesen Wirtschaftsaufschwung? Eine verbreitete Meinung sieht sie in der sehr günstigen internationalen Konjunktur, die für die argentinischen Ausfuhren einen „Rückenwind“ darstellte. Und tatsächlich ist das ein wichtiger Aspekt der Erholung. Die Preise einiger Agrarprodukte, wie Soja, Sonnenblumenkerne oder Mais, und deren Verarbeitung – wichtiger Bestandteil der argentinischen Ausfuhren – stiegen stark in der letzten Dekade, insbesondere dank der wachsenden chinesischen Nachfrage. Dies war jedoch nicht die einzige günstige Außenkonjunktur in den letzten vier Dekaden, und daher lässt sich die Ankurbelung nicht nur dadurch erklären. Eher handelt es sich um ein glückliches Zusammenspiel von Wirtschaftspolitik, Außenkonjunktur, strukturellen Veränderungen und Förderung des Binnenmarkts.

Die Wende kam, als das Currency Board aufgegeben wurde, gefolgt von einer starken Abwertung des Pesos, dem Abbruch der Schuldentzahlungen an private Gläubiger und der Aufnahme von hitzigen Verhandlungen mit dem IWF. Die turbulenten Beziehungen zu diesem und seinem Direktor Horst Köhler sorgten für einen technisch schlecht geführten Anfang, weil dieser zwar zögernd die Abwertung erlaubte, jedoch die Bedingung stellte, dass keine Devisenkontrollen eingeführt werden dürften. In wenigen Wochen hatte sich dadurch der Dollarpreis verdreifacht; die Orakel des Finanzmarkts und ihre *think tanks* betrieben Medienterror, um eine extreme Abwertung auszulösen, die eine Hyperinflation nach sich gezogen hätte. Die Depression war dafür aber zu tief und verhinderte eine übergroße Preissteigerung.

Schnell wurde klar, dass die Abschaffung der Dollarbindung des Pesos und die Abwertung nicht reichten, was zu neuen Maßnahmen führte, um höhere Staatseinnahmen und eine wirkliche Durchsetzung der Abwertung zu erzielen. So wurden Exportsteuern, hauptsächlich auf Agrarprodukte, Erdöl und Erdgas eingeführt. Mehrere Gründe sprachen dafür: Erstens waren dies Staatseinnahmen in harter Währung, deren Kaufkraft durch die Abwertung nicht litt. Zweitens trafen sie direkt die Profiteure der Abwertung und sorgten für eine etwas gerechtere Steuermatrix. Drittens hatten sie einen positiven Einfluss auf die Preise der Nahrungsmittel und konnten die Inflation besser eingrenzen als eine restriktive Geldpolitik. Als Ergänzung wurden leichte Import- und Kapitalverkehrskontrollen durchgesetzt.

Viel komplizierter war das zweite Problem. Viele Verträge, Sparanlagen und hauptsächlich die Preise der privatisierten Dienstleistungen waren in Dollar fixiert. Eine Abwertung ist nur effektiv, wenn sich die Struktur der relativen Preise verändert; wenn alle Preise gleich steigen, stellt das keine reale Abwertung dar. Bei

dieser wird eine Erhöhung der Preise der handelbaren Güter (die sich nach den internationalen Preisen richten) im Vergleich zu den nicht handelbaren erwartet. Sind die letzteren aber in Dollar fixiert, wie in Argentinien damals, scheitert die Abwertung oder wirkt nur als Lohnsenker. Da aber der Lohnanteil bei knapp 20% des BIP lag, hätte selbst das nicht sehr viel verändert. Die Lösung der Regierung – die auf erheblichen Widerstand verschiedener Machtgruppen und des IWF traf – war eine „asymmetrische Pesifizierung“. In Dollar denominierte Schulden, Ersparnisse und Verträge wurden mit verschiedenen Wechselkursen in Pesos verwandelt. Die Preise der privatisierten Dienstleistungen wurden nominal auf dem alten Wert eingefroren. Das brachte der Regierung zwar mehrere Anklagen der ausländischen Großkonzerne vor dem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) ein, führte aber kurzfristig zur erwünschten Struktur der relativen Preise. In späteren Verhandlungen versuchte die Regierung, die Anklagen aufzuheben, was mehrfach gelang. Einige Unternehmen wurden verstaatlicht, andere von inländischen Konzernen übernommen, und schließlich waren Konzerne wie Siemens an weiteren Geschäften als Staatslieferanten oder –beauftragte interessiert und daher verhandlungsbereit. Auch wenn noch nicht alle Prozesse entschieden sind, kam der Staat doch relativ gut aus den Problemen heraus.

Diese relativ einfache Maßnahmenkombination löste positive Rückkopplungseffekte aus (siehe Abbildung 1). Der neue Wechselkurs, die niedrigen Löhne und die günstigen internationalen Preise für Ausfuhren setzten einen Wachstumsprozess in Gang. Dadurch stiegen die Beschäftigung und die Lohnquote, die zusammen mit neuen sozialen Leistungen für Familien in Not die Binnen- nachfrage ankurbelten. Die Lage des Staatshaushalts besserte sich allmählich durch steigende Mehrwertsteuereinnahmen, durch die neuen Exportsteuern und durch eine Senkung der Ausgaben, die durch die zeitweilige Verweigerung des Schuldendienstes verursacht wurde. An diesem Punkt war die Regierung in der Lage, über den internationalen Schuldendienst mit den privaten Gläubigern neu zu verhandeln. In Wirklichkeit war das keine echte Verhandlung, denn der Staat bot mehrere neue Schuldscheine mit verschiedenen Kombinationen von Fristverlängerung, Zinsraten und Höhe des Schuldenerlasses, um die alten Bonds zu ersetzen. Trotz des hohen Erlasses war es für Finanzinvestoren vorteilhaft, absolut entwertete Schuldscheine abzugeben, die unter dem Wert der neuen in dem Sekundärmarkt gekauft worden waren. Einer der Hauptgläubiger war das private Rentensystem, was im Voraus einen Erfolg des Austauschs garantierte. Die Regierung nahm die Verstaatlichungsprojekte nicht ernst, und die Kassen unterstützten die Umstrukturierung mit Anleihen, die sowieso nicht ihnen gehörten, und deswegen auch für sie keinen richtigen Verlust verursachten. So nahmen über 75% der Gläubiger das Umtauschangebot an; nur einige Hedge-Fonds und kleine Investorengruppen weigerten sich.

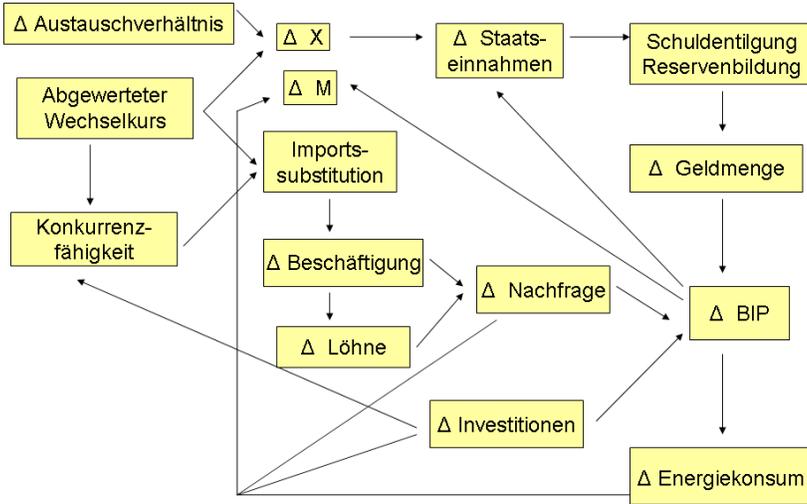


Abbildung 1: Die argentinische Erholung

Die Kapitalflucht nahm langsam ab, und dadurch wurde die Leistungsbilanz positiv. Die Abwertungstendenz wurde von einem neuen Aufwertungsstrend ersetzt. Dagegen agierte die Regierung mit Devisenankäufen, um den Wechselkurs zu verteidigen. Die Dollarreserven der Zentralbank stiegen, und parallel auch die Geldmenge, die sich an das Wachstum des BIP anpasste und dadurch die expansive Wirtschaftspolitik ergänzte.

Als Endeffekt der Abwertung und der Importkontrolle wurde die Konkurrenzfähigkeit der Binnenproduktion gestärkt, und bei wachsender Binnennachfrage fand eine Importsubstitution statt. Zwar war die Industrie von den vorangegangenen neoliberalen Politiken stark betroffen gewesen, sie war aber noch stark genug, um zu reagieren. Die Hypothese der exportgetriebenen Erholung ist also zu relativieren. Betrachtet man den Zeitraum 2003-2008, betrug die gesamte Wachstumsrate des BIP 50%. Der private Konsum stieg um 49%, die Investitionen um 141%, der öffentliche Konsum um 32%, die Ausfuhren um 46% und die Nettoausfuhren (also Ausfuhr minus Einfuhr) sanken um 123% (Angaben des argentinischen Wirtschaftsministeriums). Auch wenn die Exporte die nötigen Importe für den Aufschwung und die Tilgung der Verschuldung ermöglichten, bestand der Hauptmotor in der internen Nachfrage.

Obwohl der Wachstumsprozess seitdem fast ununterbrochen anhielt, verbleiben aber schwerwiegende Probleme, die sich nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zugespielt haben. Zum einen ist der Wandel in der Einkommensumverteilung sehr langsam. Der Konsum wurde eher durch die Senkung

der Arbeitslosigkeit gefördert, die aber schon nahe am Ende des Möglichen angekommen ist und zu stagnieren droht. Zur selben Zeit stellt die hohe Inflationsrate – Ausdruck eines deutlichen Widerstands des Kapitals gegen die Politik der Kirchners – die Lohnentwicklung und den realen Wechselkurs in Frage. Der Crawling-Peg (der von der Zentralbank bekannt gegebene Satz, zu dem die Währung in gewissen Abständen abgewertet wird) hinkt deutlich hinterher, während widrige Inflationszahlen die Tarifverhandlungen verzerren. Die Struktur der relativen Preise muss künstlich erhalten werden, indem wachsende Transfers an die Anbieter öffentlicher Dienstleistungen (Transportwesen, Wasserversorgung, Strom oder Gas) als Kompensation für den Preisstopp gezahlt werden, die aber dann auf den Haushalt negative Auswirkungen haben.

Weitere Probleme sind auf eine mangelhafte strukturelle Veränderung der Wirtschaft zurück zu führen. Sowohl die Produktions- wie die Ausfuhrstruktur zeigen keine tiefen Transformationen, und eine Diversifizierung kommt nur langsam und schwer voran. Auch eine integrale Steuerreform wurde nicht implementiert, wobei die Steuerstruktur Argentiniens absolut regressiv ist und daher eine gründliche Umverteilung erschwert.

In der Rolle des Staats erkennt man deutlich die widersprüchlichen Kehrseiten der neuen Politik. Einerseits ist die Regulierungsoffensive spürbar. Unternehmen werden strenger kontrolliert; das Arbeitsministerium spielt nun eine aktive Rolle in den Tarifverhandlungen und in der Verteidigung der Rechte der Arbeiter; die öffentlichen Investitionen leiten private Investitionen ein. Andererseits ist die völlige Abwesenheit eines Planungskonzepts augenfällig. Es sind keine Prioritäten vorhanden, Schlüsselbranchen wie Energie wurden bis zu einer Versorgungskrise vernachlässigt und die Transportinfrastruktur – vor allem das Eisenbahnnetz – wurde bis kurz an den Rand eines Kollapses abgenutzt.

Die internationale Krise brachte dazu neue Herausforderungen mit sich. Zwar sind die Preise und die Ausfuhren nicht gesunken, aber die Multinationalen Konzerne reagierten mit Investitionskürzungen und Rücküberweisungen der Profite an die Hauptsitze. Die lokalen Konzerne betrieben in der Erwartung eines Zusammenbruchs der inneren Wirtschaft eine Kapitalflucht, die immer noch anhält. Die neue Devisenknappeheit wurde auf zwei Wegen bekämpft, die noch keine konsistente Politik bilden. Einerseits werden immer mehr Kontrollen eingeführt. Diese lösen eher Panik aus und weisen auf Verwaltungsmängel der Regierung von Cristina Kirchner hin. Andererseits werden strukturelle Maßnahmen getroffen, die auf Dauer eine qualitative Veränderung der Richtung bedeuten könnten. Der Anfangspunkt war hier die Verstaatlichung des Rentensystems im Jahre 2008, die den Haushalt stark kräftigte und in der Krise antizyklische Maßnahmen ermöglichte, wie ein universales Grundeinkommen für die ärmsten Teile der Bevölkerung sowie Konsumkredite. Komplementär wurde vor wenigen Wochen ein großes Woh-

nungsbauprogramm durch weiche Kredite angekündigt. Eine weitere Maßnahme war die Wiederverstaatlichung des ehemals staatlichen Erdölkonzerns YPF, der in den 1990er Jahren von Repsol gekauft worden war. Mangelnde Investitionen, die die Erdölexporte in Importe verwandelten, und Transfers der Profite nach Spanien entsprachen in etwa der Devisenlücke des Jahres 2011. Die Verstaatlichung sollte der Grundstein einer neuen Energiepolitik sein, die aber noch nicht klar formuliert wurde. Auch wenn die Strukturprobleme bisher nicht gelöst wurden, konnte die kurze Rezession 2008 schnell überwunden werden.

Zusammenfassend könnte man von einem Erfolg beim Ausstieg aus dem neoliberalen Modell sprechen. Aber der Weg zu strukturellen Veränderungen ist noch weit. Jenseits der Konjunkturpolitik müsste langsam eine langfristige Perspektive erkennbar werden, wobei die Hauptfrage wäre, welche Gesellschaftsakteure diese Veränderungen tragen sollten. Die über Jahrzehnte geschwächte Arbeiterklasse kann den Weg der Reformen keinesfalls alleine gehen. Der Versuch der Regierung, eine nationale Bourgeoisie zu schaffen, war bisher nicht erfolgreich. Der neue Weg scheint jetzt in Richtung einer Transformation der regierenden politischen Partei – also des Peronismus – zu gehen, die sich wieder enger an zivilgesellschaftliche Akteure bindet. Eine deutliche Spaltung in den verschiedenen Organisationen, wie Parteien, Gewerkschaften oder Verbände, ein wachsendes Spannungsfeld zwischen Regierung und Opposition und eine massive Medienoffensive gegen die Regierung zeigen, dass der neue politische Kurs noch längst nicht konsolidiert ist.

Kann Griechenland denselben Weg einschlagen?

Die Parallelen, die beide Länder auf dem Weg in die Krise aufweisen, lassen manche Beobachter annehmen, dass Griechenland die argentinische Wirtschaftspolitik kopieren müsse, um aus der Krise herauszukommen. Auch wenn aus der argentinischen Erfahrung einige Richtlinien übernommen werden können, so sollte man eher skeptisch sein, wenn es darum geht, Athen ein „Handbuch des heterodoxen Auswegs aus der Krise“ aufzudrängen. Immerhin sind die Unterschiede zwischen beiden Ländern in Bezug auf Wirtschaftsstrukturen, natürliche Ressourcen, internationale Anbindung oder Gesellschaftsformen bedeutender als die Ähnlichkeiten (siehe z.B. Sukup 2011).

Im Prinzip haben beide Länder den Neoliberalismus unter Geldregimen aufgebaut, die für sie ähnliche Konsequenzen hatten, jedoch sehr unterschiedliche Spielräume für eigene Maßnahmen ließen. Dadurch, dass Argentinien die eigene Währung beibehalten hatte, konnte es aus diesem Regime durch eine einfache Gesetzesänderung herauskommen. Für Griechenland scheint das viel schwieriger, wenn vermutlich auch unvermeidbar. Das hängt mit den technischen Komplika-

tionen zusammen, eine andere Währung in Kraft zu setzen (Langer 2012), vor allem aber damit, dass Griechenland wesentlich enger an die Eurozone gebunden ist als Argentinien an die USA. Für Griechenland wäre vielleicht der erste Ausstiegsversuch Argentiniens ein nützlicheres Beispiel. Unter der nur eine Woche währenden Regierung des Präsidenten Rodriguez Saá um die Jahreswende 2001-2002 plante man eine zweite Währung (El Argentino) für einen Teil der internen Transaktionen, die langsam den weiterhin konvertiblen Peso ersetzen sollte.

Die festere Bindung an die EU entzieht Griechenland zum Teil die Autonomie, die Argentinien noch für den Ausstieg nutzen konnte. Eine breitere Exportpalette, eine größere Diversifizierung der geographischen Beziehungen und eine stärkere Binnenorientierung der Wirtschaft schotteten das Land am Río de La Plata von dem Druck der Partnerländer und internationalen Organisationen effektiv ab. Die wesentlichen Faktoren der argentinischen Erholung waren, dass sich das Land einerseits stärker binnenorientierte und andererseits seine Außenbeziehungen in Richtung Mercosur und Asien fokussierte. Dabei war von Vorteil, dass keiner der Partnerregionen mehr als 30% des gesamten Außenhandels zukamen. Die Abhängigkeit Griechenlands scheint in diesem Punkt wesentlich bedeutsamer zu sein. Sowohl die unvollständigere Selbstversorgung als auch die Konzentration der Beziehungen innerhalb der EU verengen den Spielraum. In diesem Rahmen kommt Griechenland jedoch auch eine stärkere Verhandlungsposition zu. Die tiefere Krise, die höhere Verschuldung sowie der sensible Kontext der Mehrebenenkrise der EU sorgen dafür, dass ein selbsttätiger Kurswechsel auch für die EU-Partner ernste Folgen haben dürfte. Eben aus diesem Grunde taugt das argentinische Muster jedoch nicht als Vorbild für eine erfolgreiche Verweigerung des Schuldendienstes, wie sie Lapavistas et al. (2010) als radikalere Option analysieren.

Die engere Bindung der griechischen Wirtschaft an die EU hat aber eine weitere Bedeutung. Es ist für Griechenland wesentlich schwieriger, einen Kurswechsel einzuschlagen, wenn die gesamte EU-Politik weiterhin unverändert bleibt. Selbst einflussreicheren Ländern wie Frankreich ist es in der Vergangenheit nicht gelungen, einen expansiven Plan erfolgreich durchzusetzen, solange die Nachbarländer ihren Sparkurs beibehielten. In Griechenland überlappen sich drei Krisenebenen: die nationale, die der Beziehung Entwicklung/Unterentwicklung und die des neoliberalen Integrationsprozesses. Für die ersten zwei bedarf es einer langfristigen nationalen Lösung, die aber als Basis einen expansiven Rahmen in der EU benötigt. Grundlagen wären die Abschaffung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Kontrollen für das Finanzkapital und eine progressivere Einkommensverteilung. Die „Kokonlösung“ wäre für Athen lediglich ein Notplan mit einer nur langsam greifenden Lösung.

Eine weitere unmittelbare Frage wäre, wie und ob Griechenland nach dem Austritt aus der Eurozone einen „Gleichgewichtswchselkurs“ finden könnte.

Denn der Abschied vom Euro hätte primär eine Abwertung zum Ziel. Doch historische Studien – auch für Argentinien in den 1930er Jahren (Beveraggi Alende 1954) – zeigen, dass in internationalen Krisenkonjunkturen bei hochverschuldeten Ländern mit enormen Leistungsbilanzdefiziten eine Abwertung oft nicht ausreicht, um diese Defizite erfolgreich abzubauen. Die Devisen bringenden Transaktionen reagieren nur langsam auf die Abwertung, und auch die Ausgaben werden nur langsam abgebaut. Für Argentinien war die Herausforderung 2001 leichter, als sie sich heute für Griechenland darstellt. Wenn Athen die Zahlungsunfähigkeit erklären würde und die Zinszahlungen wegfielen, stünde es schlechter da als Argentinien, das nur etwa ein Drittel der Verschuldung Griechenlands und ein Viertel des Leistungsbilanzdefizits in Bezug auf das BIP aufwies. Neben einer Abwertung schlägt die Theorie für solche Fälle weitere Maßnahmen vor. Hauptsächlich sollte man den Devisenmangel „verwalten“, also die Devisen nach einer Prioritätenliste verteilen und die restlichen Transaktionen fallen lassen. Das entspricht jedoch sowohl einer Devisen- wie auch einer Außenhandelskontrolle – zwei Instrumente, die direkt gegen das *acquis communautaire* verstoßen und die auch informell in Argentinien angewandt werden. Weitere Autoren weisen auf die institutionellen europäischen Politiken als Hindernis für den griechischen Auszug aus der Krise hin (z.B. Becker 2012). Dieses Konzept muss durch zwei Überlegungen ergänzt werden. Einerseits zeigt die Krise die unterschiedliche Tragfähigkeit der Antikrisenprogramme der einzelnen Staaten (siehe z.B. Musacchio 2011; Dufrénot/Sand-Zantman 2010). Andererseits handelt es sich bei der Waren- und Kapitalverkehrsfreiheit um eine Kernnorm der EU; Griechenland bekäme wahrscheinlich keine Sondergenehmigung für Devisen- und Außenhandelskontrollen. Letztendlich war die grundlegende Idee der argentinischen Wirtschaftspolitik die Rückgewinnung der Instrumente der Wirtschaftspolitik für den Staat. Diese waren während des Neoliberalismus aufgegeben worden und gelten in der EU nach wie vor als tabu. Sie tendieren nämlich zu einer räumlichen Eingrenzung der Akkumulation, der Zirkulation der Waren wie auch des Kapitals. Dies ist letztlich höchstwahrscheinlich eine Lösung, der sich die ganze Region nicht entziehen kann, sie wäre aber im Alleingang für Griechenland undenkbar.

Ein Unterschied zwischen den Lösungsmöglichkeiten in beiden Ländern hängt mit der verschiedenen ausgeprägten Komplexität der zwei Wirtschaften und Gesellschaften zusammen. Im Vergleich zu Argentinien mangelt es in Griechenland stärker an einer industriellen Basis und industriell geprägten Gesellschaft (siehe z.B. Kouvelakis 2011: 17). Wie erwähnt hat die Industrie in Argentinien infolge des Neoliberalismus an Gewicht verloren. Ein Wiederaufbau ist jedoch leichter als ein Aufbau, weil eine noch laufende Dynamik, eine Grundinfrastruktur, zum Teil obsoletes, aber noch brauchbares Sachkapital und ein abgestimmtes Bildungsangebot vorhanden sind. Dazu ist die Präsenz der relativ stark politisch involvier-

ten Gewerkschaften als tragender Akteure für ein neues Modell von extremer Wichtigkeit. Die innere Dynamik einer Abwertung wäre daher in Griechenland milder. Andererseits verfügt Griechenland auch nicht über eine vergleichbar Impulse gebende Ausfuhrkapazität wie Argentinien (siehe z.B. Müller/Schmidt 2010: 281-282). Die Geographie und die Spezialisierung lassen wenig Platz für ein Exportwachstum, das rasch einen noch größeren Devisenbedarf decken könnte.

Auch wenn ein Erholungsprozess für Griechenland viel langsamer und komplizierter sein sollte, als es in Argentinien der Fall war, könnte ein Abwertungsprogramm einige Branchen positiv beeinflussen. Der Tourismus und dadurch auch die Baubranche wären zwei Beispiele dafür. Es ist jedoch fraglich, ob das gleichzeitig zu einer Lösung der Leistungsbilanzprobleme führen würde. Denn genau in Bezug auf die Entwicklung dieser Branchen würden ausländische Konzerne eine starke Rolle spielen. Dabei wären auch Rücktransfers von Profiten ein unvermeidbarer Bestandteil des neuen Aufschwungs. In diesem Fall wäre es wohl ratsam, die argentinische Erfahrung zu beachten. Denn auf eben dieses Problem stößt die argentinische Wirtschaft gerade. Es ist ihr gelungen, einen Wachstumsprozess zu gestalten. Es ist jedoch nicht geglückt, eine profunde Strukturumwandlung einzuleiten, die die Unterentwicklung an den Wurzeln bekämpft. Mehrere Formen des sichtbaren und unsichtbaren Transfers des geschöpften Reichtums bestehen weiterhin. Die erste Schicht des Problems hat Argentinien in den Griff bekommen, nicht aber die nächsten. Zwar stehen Griechenland und Argentinien vor einer Situation, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und gesellschaftliche Implikationen hat. Argentinien sieht sich aber in einer besseren Lage. Für beide Länder stellt sich die Frage: Welche sozialen und politischen Kräfte können die nötige Transformation leiten und tragen? Für Argentinien scheint das die schwierigste Herausforderung zu sein, denn auch der heutige Reformkurs wird stark vom ausländischen und inländischen Kapital bekämpft (und dies geschieht, obwohl das Programm die Führung des Kapitals nicht einmal in Frage stellt) und von der politischen Opposition – inklusive Teilen der Regierungspartei und des Gewerkschaftsbundes – boykottiert. Für Griechenland scheint sogar diese Herausforderung nach den letzten Wahlergebnissen noch in weiter Ferne.

Literatur

- Agrawall, Amol (2011): *Do Lessons from Argentina Apply to Greece?* STCI, November.
- Becker, Joachim (2012): Die Linke und die Euro-Zone. *Kurswechsel* 1/2012: 108-113.
- Beveraggi Allende, Walter (1954): *El servicio del capital extranjero y el control de cambios: la experiencia argentina de 1900 a 1943*. Buenos Aires, Fondo de Cultura Económica.
- Bieling, Hans Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Bieling, H./Steinhilber, J (Hg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, Westfälisches Dampfboot: 102-130.

- Brenta, Noemí (2004): Las propuestas de dolarización en América latina. In *Revista Ciclos* Nr. 27, erstes Semester, 17-47.
- Crédit Agricole 2011: *Greece vs. Argentina: looks can be deceiving*, Eclairages Macro, Décembre.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: *PROKLA*, Heft 166, 42. Jg. 2012, Nr. 1: 77–106.
- Dornbusch, Rüdiger/Caballero, Ricardo (2002): *Argentina: A Rescue Plan That Works*, April. http://econ161.berkeley.edu/macro_online/timely/current_analysis/Argentina.pdf.
- Dos Santos, Theotonio (2002): *La teoría de la dependencia: Balance y perspectivas*. Buenos Aires, Plaza y Janés.
- Dufrénot, Gilles/Sand-Zantman, Alain (2010) : *Après la crise? Politiques économiques dans le monde*, Paris, Economica.
- European Economy (2010): *Occasional Paper 61. The economic adjustment programme for Greece*, 26 May.
- Heine, Michael/Herr, Hansjörg (2006): Die Europäische Union im Treibstand. Fehlende Lohnkoordination und fiskalische Schwächen gefährden das europäische Projekt. In: *PROKLA* 144, 361-379.
- IWF (1999): *Monetary Policy in Dollarized Economies. Occasional Paper 171*, Washington.
- (2003): *Lessons from the Crisis in Argentina*. October.
- Kaltenbrunner, Annina (2012): Strukturelle Ungleichgewichte und Austerität. Gibt es eine Zukunft für periphere Länder in der Eurozone? In: *Kurswechsel* 1/12: 114–121
- Kouvelakis, Stathis (2011): The Greek Cauldron. In: *New Left Review* 72, November-December: 17-32.
- Kretzmer, Peter/Levy, Mickey (2012): *Greece's predicament: Lessons from Argentina*. Vox
- Langer, Michael (2012): *Ökonomisch gesehen, Griechenland ist nicht Argentinien*. Bericht der Berenberg Bank, März.
- Lapavistas, Costas et al. (2010): *The Eurozone between Austerity and Default. Second Occasional RMF Report on the Eurozone Crisis*, September.
- et al. (2011): *Breaking Up ? A Route out of the Eurozone Crisis. 3rd Occasional RMF Report on the Eurozone Crisis*, November.
- Müller, Klaus/Schmidt, Rudi (2010): Von der griechischen zur europäischen Krise. In: *PROKLA*, 159: 277-300.
- Musacchio, Andrés (2008): Riesgos y beneficios de una integración monetaria en el Mercosur: reflexiones a la luz de la experiencia europea. In: *Ciclos en la Historia, la Economía y la Sociedad*, N° 33-34: 51-83.
- (2011): *Acumulación regulación e integración: la experiencia europea de la posguerra a la crisis actual*, Dissertationsmanuskript, Buenos Aires.
- Onaran, Özlem (2012): An internationalist transitional programme as an answer to the Euro crisis. In: *Kurswechsel* 1/12: 122–126.
- Rapoport, Mario et al. (2006): *Historia económica, política y social de la Argentina*, Buenos Aires. Sudamericana.
- Sukup, Viktor (2011): Greece and its Euro Nightmare. What are the Lessons from Argentina? In: *Ευρωπαϊκή Έκφραση*, nr. 83, 4 Trimester: 28-31.

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Große Köpfe für große Fragen

Jürgen **Habermas** · Saskia **Sassen**

Peter **Bofinger** · Seyla **Benhabib**

Jens **Reich** · Katajun **Amirpur**

Norman **Birnbaum** · Micha **Brumlik**

Rudolf **Hickel** · Claus **Leggewie**

Friedrich **Schorlemmer**

Dies sind nur 11 von 22 Herausgebern der »Blätter«.

Lernen Sie auch die anderen kennen –
und viele weitere kluge Köpfe.

Die »Blätter« – Monat für Monat 128 Seiten mit Biss.



Bestellen Sie ein Probeabo: Zwei Monate für nur 10 Euro
abo@blaetter.de | 030/3088-3644 | www.blaetter.de